

Jan Stankovsky

Ansätze zu einer Osteuropa-Hilfe

Ein politisch und wirtschaftlich stabiles Osteuropa kann einen wichtigen Beitrag zum europäischen Einigungsprozeß leisten und so die Chancen des Kontinents verbessern, im Wettbewerb mit den alten und neuen Industrieländern zu bestehen: Denn nur prosperierende Länder sind ein aufnahmefähiger Markt für den Export von Waren und Dienstleistungen. Für Österreich als unmittelbaren Nachbarn Osteuropas wiegt diese Überlegung noch viel schwerer als für die meisten anderen westlichen Industriestaaten (*Butschek, 1991, Stankovsky, 1990*) Das Ausmaß der westlichen Wirtschaftshilfe kann das Tempo der Transformation in Osteuropa entscheidend beeinflussen Wohlstandsgrenzen quer durch Europa würden eine kaum kontrollierbare Auswanderungswelle auslösen, die möglicherweise nur mit der Wiedererrichtung eines „Eisernen Vorhanges“ einzudämmen wäre und auch Westeuropa hohe Kosten verursachen würde

Der Marshall-Plan als Orientierung für die Osteuropa-Hilfe

Hinweise auf die Größenordnung der von den westlichen Industriestaaten geforderten Osteuropa-Hilfe gibt der Marshall-Plan (European Recovery Program, ERP), mit dem die USA in der Nachkriegszeit Westeuropa im Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft unterstützt haben (*ECE 1990, OECD, 1978, Milward,*

Die Summe der Hilfsleistungen westlicher Industrieländer an Osteuropa (ohne UdSSR) ist mit 31 Mrd. \$ recht hoch. Dieser Betrag wird noch um 9 Mrd. \$ für Kredite des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erweitert. Der Großteil der westlichen Hilfe besteht bisher aber nur aus Zusagen, die tatsächlichen Leistungen waren nur mäßig (1,2 Mrd. \$ für Zuwendungen und 2,1 Mrd. \$ für Kredite). Eine Untersuchung der österreichischen Daten zeigt überdies, daß als „Osthilfe“ all jene Budgetaufwendungen verbucht wurden, die mit dem Umbruch im Osten zusammenhängen, etwa der (geplante) Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Österreich. Der vorliegende Beitrag bewertet die Osteuropa-Hilfe des Westens und Österreichs kritisch und stellt sie der Hilfe durch den Marshall-Plan gegenüber.

1987, *Wexler, 1983, Butschek, 1985*). Innerhalb von vier Jahren (1947/1951) stellten die USA (neben technischer Hilfe) 16 europäischen Ländern pro Jahr 3,1 Mrd \$ (insgesamt 12,4 Mrd \$) zur Verfügung Diese Mittel waren großteils Geschenke, teilweise Kredite mit hohem Geschenkelement¹⁾ Für die Empfängerländer erreichte die Hilfe etwa 2% ihres jährlichen Brutto-Inlandsproduktes, Österreichs Anteil war mit 14% am höchsten. Die gesamten Leistungen betragen pro Jahr 1% bis 1½% des BIP der USA (insgesamt 6,5%) Zu Preisen von 1989 kann die Hilfe durch den Marshall-Plan auf 16,4 Mrd \$ pro Jahr (insgesamt 64,4 Mrd \$) oder 0,3%

des BIP der USA bzw Westeuropas (rund 0,1% des BIP der OECD) geschätzt werden

Orientiert an der „Leistungsfähigkeit“ der unterstützten Länder würde eine Hilfe in der Höhe von 1% des westeuropäischen Brutto-Inlandsproduktes pro Jahr etwa 56 Mrd \$ betragen (1,5% entsprächen 84 Mrd \$), nach 4 Jahren somit 224 Mrd \$ (336 Mrd \$)

Verschiedene internationale Schätzungen basieren auf dem „Bedarf“ der Empfängerländer. Der daraus abgeleitete notwendige Kapitaltransfer in den Osten liegt pro Jahr zwischen 5 Mrd \$ und 23 Mrd \$ (nach 4 Jahren 19,2 bis 92 Mrd \$) Anhand von Pro-Kopf-Quoten ermittelte die ECE einen Bedarf an Hilfsmaßnahmen für Osteuropa von 4,8 Mrd \$ pro Jahr Setzt man den Bedarf Osteuropas mit 2% des BIP an (wie in Westeuropa in der Nachkriegszeit), so ergibt dies einen Jahreswert von 10 bis 12 Mrd \$²⁾ Gemessen an der Hilfe für die EG-Notstandsregionen veranschlagte der Präsident der EG-Kommission, Delors, im Jänner 1990 vor dem Europa-Parlament den Bedarf der sechs osteuropäischen Länder (ohne UdSSR) über eine Periode von 5 bis 10 Jahren mit 19 Mrd ECU (23 Mrd. \$)

Als Vergleich bieten sich auch die Transfers aus West- nach Ostdeutschland an Ihr Umfang (bereinigt um Doppelzählungen u. ä) wird 1991 auf 153 Mrd. DM geschätzt (91 Mrd \$, 5,9% des westdeutschen BIP; *IdW, 1991*), reduziert um die

¹⁾ Für die Kredite waren Laufzeiten von 35 Jahren (davon 3 Jahre tilgungsfrei — grace-period) und ein Zinssatz von 2½% üblich Mit einem Referenz-Zinssatz von 10% ergibt dies ein Geschenkelement (grantelement) von 58,6%, mit 5% (das entspricht etwa dem Zinsniveau zu jener Zeit) von 29,2%

²⁾ Der höhere Wert errechnet sich auf Basis von BIP-Schätzungen der CIA 1990 der niedrigere nach einer Korrektur, die davon ausgeht, daß das BIP pro Kopf der DDR etwa 50% jenes Westdeutschlands erreichte (*IdW, 1991*) Nach diesen beiden Berechnungen erreichte das BIP pro Kopf in der ČSFR 58% bzw 46% des österreichischen Niveaus

Orientierungsgrößen für die Osteuropa-Hilfe

Übersicht 1

	Leistungen	
	Pro Jahr	Für 4 Jahre
Marshall-Plan		
Leistungen der USA		
Zu laufenden Preisen		
Mrd \$	31	124
In % des BIP der USA	1 bis 1,5	ca 6,5
Zu Preisen von 1989		
Mrd \$	16,4	65,4
In % des BIP der USA bzw. Westeuropas	0,3	1,2
In % des BIP der OECD	0,1	0,4
Mrd \$		
Rahmen für Osteuropa-Hilfe		
Nach „Leistungsfähigkeit des Westens“		
Entsprechend dem Marshall-Plan	16,4	65,4
1% bis 1,5% des BIP Westeuropas	56 bis 85	226 bis 338
Nach „Bedarf der Empfängerländer“		
ECE-Schätzung	4,8	19,2
2% des BIP Osteuropas	10 bis 12	38 bis 50
Entsprechend den Leistungen an EG-Notstandsregionen	23	92
In % des BIP der EG 1989	0,5	2

„deutschlandspezifischen“, vornehmlich sozialpolitischen Leistungen von 95 Mrd DM verbleiben 58 Mrd DM (35 Mrd \$, 2,2% des westdeutschen BIP), überwiegend als Investitionshilfe für die DDR.

Diese Indikatoren lassen den Schluß zu, daß eine erfolgreiche Restrukturierung der Volkswirtschaften Osteuropas (ohne UdSSR) über einen längeren Zeitraum eine Unterstützung von 5 bis 10 Mrd \$ pro Jahr benötigt, ergänzt freilich um weitreichende Kapitaltransfers zu Marktkonditionen für Investitionen.

Die Osteuropa-Hilfe des Westens

Die westlichen Industriestaaten (G 24 – Gruppe von 24 Ländern)³⁾ haben aufgrund einer Studie der EG-Kommission („Scoreboard of G 24 Assistance“ vom 1. Juni 1991) den sechs osteuropäischen Ländern (ohne UdSSR) bis Mitte 1991 Hilfe in der

Höhe von 31 Mrd \$ (24,7 Mrd ECU)⁴⁾ zugesagt. Einschließlich der Kredite des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ergibt dies 40,4 Mrd \$. Außerdem müssen die Leistungen der staatlichen Gläubiger (des „Pariser Clubs“) berücksichtigt werden: die (schrittweise) Streichung von 50% des Gegenwartwertes der staatlich garantierten Schulden Polens (Stankovsky, 1991) – in der EG-Darstellung sind sie mit 16,5 Mrd \$ ausgewiesen – sowie eine Umschuldung von Teilen der bulgarischen Fälligkeiten (1,8 Mrd \$)⁵⁾. Von den Leistungen der „Osteuropa-Bank“ (European Bank for Reconstruction and Development – EBRD) werden erst die künftigen Ausleihungen berücksichtigt (bis Mitte 1991 hat die EBRD noch keine Kredite vergeben) und nicht bereits die Zeichnung des Kapitals (insgesamt 10 Mrd ECU).

Eine Aufgliederung der Hilfszusagen der G 24 zeigt, daß nur knapp ein Drittel (9,1 Mrd \$) des Gesamtbetrags (31 Mrd \$) auf Zuwendungen

gen („Geschenke“), zwei Drittel (21,9 Mrd \$) hingegen auf Kredite und Garantien entfallen. Fast die Hälfte dieses Betrags (10,8 Mrd \$) sind Exportkredite, die aufgrund von OECD-Vereinbarungen („Arrangement“; OECD 1990) zu marktüblichen Bedingungen vergeben werden müssen (Zinssatz derzeit rund 10%)⁶⁾. Zu „Sonderkonditionen“⁷⁾ wurden im Rahmen der Leistungen der G 24 Kredite von 11 Mrd \$ zugesagt.

Als Osthilfe weist die Statistik der G 24 alle Zusagen (pledges, commitments) aus Angaben über die tatsächlich erbrachten Leistungen (disbursements) lagen nur für einige G 24-Länder vor. Bis 21. Mai 1991 wurden vom gesamten Zusagevolumen tatsächlich 13,1% für Zuwendungen, 9,7% für Kredite und Garantien (im Durchschnitt 11,1%) von den Berichtsländern geleistet⁸⁾. Hochgerechnet auf die Gesamtleistung der G 24 ergibt dies tatsächlich erbrachte Zuwendungen von 1,2 Mrd \$ und Kredite und Garantien von 2,1 Mrd \$ (davon etwa die Hälfte zu marktüblichen Bedingungen). Kräftige Finanzhilfe gewährten somit bisher nur die internationalen Finanzierungsorganisationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds.

Diese als Hilfsleistungen für die Transformation Osteuropas ausgewiesenen Kredite (Zusagen 20 Mrd \$, tatsächliche Leistungen 2 Mrd \$) können den staatlich garantierten Krediten der westlichen Industriestaaten von 48,5 Mrd \$⁹⁾ gegenübergestellt werden, die den alten Regimes in Osteuropa (ohne UdSSR) von den westlichen Industriestaaten bis Ende 1989 gewährt wurden. Für einen erheblichen Teil dieser Kredite wurden (vor allem in den siebziger und frühen achtziger Jahren – bis zur Verschärfung des OECD-Arrangements“)

³⁾ Mit der Koordination der Osteuropa-Hilfe wurde 1989 in einem Beschluß des Gipfeltreffens der G 7 die EG-Kommission beauftragt, nachdem die OECD dieser Aufgabe nicht rechtzeitig nachgekommen war. Mittlerweile hat die OECD eine Abteilung für Osteuropa (Centre for Cooperation with European Economies in Transition) und (im Dezember 1990) ein spezielles Programm für die Länder dieser Region (Partners in Transition – PIT) geschaffen (OECD 1991). G 24 umfaßt dieselben Länder wie die OECD.

⁴⁾ Umrechnungskurs: 1,25 \$ je ECU.

⁵⁾ Die früheren Umschuldungen für Jugoslawien sind in der Aufstellung der G 24 offenbar deshalb nicht enthalten, weil nur Leistungen seit dem Zeitpunkt der Aufnahme koordinierender Maßnahmen durch die G 24 erfaßt werden.

⁶⁾ Die Oststaaten werden im OECD-„Arrangement“ für Exportkredite in die Kategorie III („reiche“ Länder) eingereiht. Exportstaaten mit einem niedrigen Zinsniveau sind berechtigt, „Commercial Interest Reference Rates“ (CIRR – die sich in der Regel an den Zinssätzen für fünfjährige Staatsanleihen orientieren) anzuwenden. Die Zinssätze des Verfahrens der Oesterreichischen Kontrollbank werden als mit den CIRR-Sätzen konform anerkannt. Derzeit verhandelt die OECD darüber für Lieferungen von Umweltschutzeinrichtungen an die Oststaaten Exportkredite zu Entwicklungshilfe-Konditionen (Soft Loans) zu ermöglichen, was bisher nicht zulässig war.

⁷⁾ Der österreichische Stabilitätskredit an Bulgarien wurde allerdings zu Marktzinssätzen gewährt (vgl. weiter unten).

⁸⁾ Eine Aufgliederung nach Geberländern zeigt, daß Großbritannien zeigt, daß Großbritannien zwar nur mit geringen Leistungen, aber rasch geholfen hat. Japan und die USA hingegen hohe Hilfsbeträge zugesagt, jedoch bisher nur wenig davon geleistet haben. Ihre – mäßigen – Geschenkkredite haben nur Irland (1 Mill. ECU) und Australien vollkommen erfüllt. Aus der Sicht der Empfängerländer erhielten Polen und Rumänien den größten Teil der Zusagen (etwa ein Drittel), Bulgarien hingegen weniger als 1%.

⁹⁾ Garantierte Kredite der Banken, garantierte Handelskredite sowie Kredite „anderer Kreditgeber“ (unter dieser Position werden zum Teil Umschuldungen verbucht, OECD 1990).

Osteuropa-Hilfe des Westens

Übersicht 2

Zusagen

	Zuwendungen	Kredite	Garantien	Insgesamt
	Mrd \$ ¹⁾			
G 24-Staaten ²⁾	9,1	21,9		31,0
Wirtschaftliche Umstrukturierung	4,4	5,2		9,6
Wirtschaftliche Stabilisierung	1,4	5,5		6,9
Humanitäre Hilfe Sonstiges	2,8	0,3		3,1
Exportkredite Investitionsgarantien	0,6	10,8		11,4
Internationaler Währungsfonds	—	4,1		4,1
Weltbank	—	5,3		5,3
Insgesamt	9,1	31,3		40,4
Pariser Klub	—	—		16,5 ³⁾
	—	—		1,8 ⁴⁾

Q: EG-Kommission, Scoreboard of G24 Assistance. Brüssel, 1991. — ¹⁾ Umrechnungskurs 1 25 \$ je ECU — ²⁾ Westliche Industriestaaten (OECD-Länder) — ³⁾ Osteuropa-Hilfe für Polen — ⁴⁾ Osteuropa-Hilfe für Bulgarien

deutlich begünstigte Zinssätze angewendet

Nach dem Verwendungszweck der Hilfszusagen für *Geschenke*

weils knapp ein Viertel auf die wirtschaftliche Umstrukturierung und Stabilisierung¹¹⁾ und etwa 0,3 Mrd \$ auf Investitionsgarantien (Übersicht 2)

Etwa die Hälfte der „Geschenkzusagen“ läßt sich keinem Land direkt zuordnen. Den mit Abstand größten ausgewiesenen Anteil erhält Polen (30%) vor Rumänien (8%). Von den Kreditzusagen gehen die bedeutendsten Anteile nach Ungarn (26%), Polen (24%) und Jugoslawien (19%; Übersicht 3)

Osteuropa-Hilfe Österreichs

Österreichs Osteuropa-Hilfe kann der Aufstellung der EG-Kommission und einer Ausarbeitung des österreichischen Bundeskanzleramtes entnommen werden¹²⁾

Das österreichische Dokument erfaßt Leistungen der Bundesregierung, der Bundesländer, der Städte und Gemeinden, der Sozialpartner und anderer Institutionen (z. B. der Österreichischen Nationalbank). Die Streichung eines Teiles der Schulden Polens, die das österreichische Budget über einen längeren Zeitraum mit etwa 2,8 Mrd \$ pro Jahr belasten wird ist nicht ausgewiesen, da diese Regelung rechtlich noch nicht wirksam ist. Österreichs Daten weichen zum Teil von jenen der Aufstellung der EG-Kommission ab. Im Bericht des Bundeskanzleramtes wurden die österreichischen Leistungen *nicht unter dem Aspekt der Hilfe für Osteuropa* zusammengestellt, vielmehr wurden alle *Budgetbelastungen verbucht*, die mit dem wirtschaftlichen und politischen Umbruch in *Osteuropa* zusammenhängen, auch wenn sie nur Österreich zugute kommen.

Gemäß den EG-Daten betragen Österreichs Zusagen für „Geschenke“ an Osteuropa 0,6 Mrd \$ (6,8 Mrd S) bzw. 6,3% der gesamten Leistungen der G 24, für Kredite 0,3 Mrd \$ (2,8 Mrd S) bzw. 1,2%, insgesamt also 9,6 Mrd S bzw. 2,7% der Gesamtzusagen der G 24. Berechnungen des Bundeskanzleramtes weisen für Zuwendungen 10,6 Mrd S aus, für Kredite 4,5 Mrd S insgesamt 15,1 Mrd S bzw. 4% der Gesamtleistungen der Industriestaaten.

Österreichs Anteil an der Osteuropa-Hilfe (2,7% bzw. 4%) kann mit dem am Brutto-Inlandsprodukt der OECD (1%) verglichen werden — in der Regel wird er als Bezugsgröße für Beiträge Österreichs an internationale Organisationen herangezogen. Ebenso könnte aber der Hilfsanteil dem österreichischen Marktanteil am Export westlicher Industriestaaten nach Osteuropa gegenübergestellt werden (im Vorjahr 10%) bzw. dem Anteil an österreichischen Bankkrediten für Osteuropa (10,7%). Für diesen Vergleich spricht, daß aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung Österreich durch eine Sanierung der Wirtschaft Osteuropas mehr profitie-

Die tatsächlich bis Mitte 1991 vom Westen erbrachten Zuwendungen („Geschenke“) an Osteuropa können auf nur 1,2 Mrd. \$ geschätzt werden und die Kredite auf 2,1 Mrd. \$. Kräftige Finanzhilfe gewährten somit bisher nur die Weltbank und der Internationale Währungsfonds.

(9,1 Mrd. \$) rangieren Maßnahmen zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (4,4 Mrd. \$) vor humanitärer Hilfe (2,8 Mrd. \$) und wirtschaftlicher Stabilisierung (1,4 Mrd. \$)¹⁰⁾. Von den Zusagen für *Kredite* und *Garantien* (21,9 Mrd. \$) entfallen fast die Hälfte (10,3 Mrd. \$) auf Exportkredite, je-

Osteuropa-Hilfe der G 24-Staaten nach Empfängerländern

Übersicht 3

Zusagen

	Zuwendungen		Kredite		Garantien		Insgesamt	
	Mrd \$ ¹⁾	Anteile in %	Mrd \$ ¹⁾	Anteile in %	Mrd \$ ¹⁾	Anteile in %	Mrd \$ ¹⁾	Anteile in %
Polen	2,8	30,4	5,3	24,3	8,1	26,1		
Ungarn	0,5	5,4	5,7	26,1	6,2	20,0		
ČSFR	0,3	3,3	1,8	8,3	2,1	6,6		
Bulgarien	0,2	2,2	1,2	5,5	1,4	4,5		
Rumänien	0,7	7,6	0,8	3,7	1,5	4,8		
Jugoslawien	0,3	3,3	4,2	19,3	4,5	14,5		
Nicht aufteilbar	4,3	47,8	2,9	12,8	7,2	23,3		
Insgesamt	9,1	100,0	21,9	100,0	31,0	100,0		

Q: EG 1991 — ¹⁾ Umrechnungskurs 1 25 \$ je ECU

¹⁰⁾ Unter dieser Position wurde das Geschenk-element der zinsbegünstigten Stabilisierungskredite verbucht

¹¹⁾ Vor allem Stabilisierungskredite an Polen sowie an die ČSFR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien (Ergänzung zum Kredit des IMF) sowie ein mittelfristiges Darlehen an Ungarn

¹²⁾ „Bericht über die Maßnahmen für die zentral- und osteuropäischen Reformstaaten (ZOR)“ Juni 1991 sowie „Austrian Assistance to Central and Eastern Europe“ Juli 1991 (Daten wurden gegenüber dem ersten Bericht ergänzt)

ren oder Nachteile vermeiden könnte als andere westliche Länder. Je nachdem, ob man die Osteuropa-Hilfe als „humanitäre“ Maßnahme (dann wäre eher die Leistungsfähigkeit — das Brutto-Inlandsprodukt — heranzuziehen) oder aber als „Investition in die österreichische Zukunft“ betrachtet wird der offizielle Beitrag Österreichs als relativ groß oder klein zu beurteilen sein.

Eine Aufgliederung nach dem Verwendungszweck zeigt daß Österreichs Anteil an Maßnahmen zur wirtschaftlichen Umstrukturierung hoch ist. Mäßig nimmt sich hingegen der Beitrag für humanitäre Hilfe aus (Übersicht 4).

Der Schwerpunkt österreichischer Geschenkkzusagen (10,8 Mrd S) liegt auf Maßnahmen für die wirtschaftliche Umstrukturierung (9 Mrd S, davon 6,4 Mrd S 1992/1995); auf wirtschaftliche Stabilisierung entfallen 1,5 Mrd S (davon 1 Mrd S 1992/1995) und auf humanitäre Hilfe 0,1 Mrd S.

Von den Zuwendungen allerdings werden 70% (7,3 Mrd S) für den Aus-

Von den Geschenkkzusagen Österreichs an Osteuropa (insgesamt 10,8 Mrd. S) entfallen 7,3 Mrd. S auf den Ausbau der österreichischen Verkehrsinfrastruktur. Die tatsächlichen Leistungen bis Mitte 1991 (vermindert um die Verkehrsmaßnahmen) können auf 900 Mill. S geschätzt werden.

bau der österreichischen Verkehrsinfrastruktur aufgewendet: 4,5 Mrd S für den Bahnausbau (davon 3,9 Mrd S 1992/1995), 2,5 Mrd S für den Straßenbau (hauptsächlich die Ostautobahn) und 0,3 Mrd S für den Bau neuer Grenzzollämter.

Vermindert um die Verkehrsmaßnahmen sinken die österreichischen Zuwendungen an Osteuropa auf 3,3 Mrd S (davon 1989/1991 1,3 Mrd S, 1992/1995 2,0 Mrd S). Die tatsächlichen Zuwendungen Österreichs bis Mitte 1991 können auf etwa 900 Mill S geschätzt werden¹³⁾

Mit 1,1 Mrd. S ergibt der österreichische Anteil am Grundkapital der „Osteuropabank“ die größte Einzel-

Osteuropa-Hilfe der EG und Österreichs

Übersicht 4

Zusagen

	G 24	EG ¹⁾		Österreich			
		Mrd \$	EG-Mitgliedstaaten	Mrd \$	In % ²⁾	Mill S	Mill S ³⁾
<i>Wirtschaftliche Umstrukturierung</i>							
Zuwendungen	4 41	1 26	1 29	0 56	12,6	6 473	8 969
Kredite	5 19	4 23	0 23	0 00	0 0	—	—
Insgesamt	9 60	5 49	1 52	0 56	5 8	6 473	8 969
<i>Wirtschaftliche Stabilisierung</i>							
Zuwendungen	1 40	—	—	—	—	—	1 511
Kredite	5 50	—	—	—	—	—	1 185
Insgesamt	6 85	2 62	2 95	0 13	1 9	1 495	2 696
<i>Humanitäre Hilfe Sonstiges</i>							
	3 18	1 84	0 52	0 00	0 0	81	106
<i>Exportkredite Investitionsgarantien</i>							
Zuwendungen	0 60	—	—	—	—	—	—
Kredite	10 80	—	—	—	—	—	3 290
Insgesamt	11 24	0 05	9 05	0 13	1 2	1 541	3 290
<i>Alle Instrumente</i>							
Zuwendungen	9 16	3 15	3 47	0 58	6,3	6 764	10 587
Kredite Garantien	21 71	6 85	10 56	0 25	1 2	2 826	4 475
Insgesamt	30 87	10 00	14 03	0 83	2 7	9 590	15 062

Q: EG 1991. Umrechnungskurse 14,5 S je ECU, 11,6 S je \$ 1 25 \$ je ECU — ¹⁾ Gemeinschaftsleistungen — ²⁾ Anteile an der Osteurop-Hilfe der G 24 — ³⁾ Bundeskanzleramt 1991

position der Zusagen für Zuwendungen. Um Doppelzahlungen zu vermeiden, werden allerdings in der Statistik der G 24 Beiträge zum Kapital der EBRD nicht als Hilfsleistungen ausgewiesen; berücksichtigt werden erst die künftigen Ausleihungen dieser Institution an Osteuropa¹⁴⁾. Weitere bedeutende Beiträge sind die in Aussicht gestellten Leistungen des ECO-Fonds von bis zu 200 Mill S pro Jahr zur Unterstützung immaterieller Leistungen in Osteuropa die sich auch für Österreich günstig auswirken (Übersicht 5).

Laut österreichischer Statistik betraf etwa ein Drittel (3,2 Mrd S) der Zusagen für Geschenke (10,6 Mrd S)

die Jahre 1989 bis 1991. Nimmt man an daß bis Mitte 1991 die Hälfte des für dieses Jahr (1,7 Mrd S) präliminierten Betrages tatsächlich den Empfängern zugeflossen ist, so kann Österreichs Leistung bis Mitte 1991 auf 2,3 Mrd S (0,2 Mrd \$) geschätzt werden. Bezogen auf Österreichs Gesamtzusagen ergibt sich eine Leistungsquote von 22% die damit über dem Durchschnitt der G 24 liegt. Der (geschätzte) Betrag der von Österreich geleisteten Geschenke (200 Mill \$) erreicht an jenem der G 24 (1,2 Mrd \$) einen Anteil von fast 17% (Übersicht 5). Bei all diesen Berechnungen ist freilich zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Mittel

Österreichs Osteuropa-Hilfe 1989/1995

Übersicht 5

Zusagen

	1989	1990	1991	1989/1991	1992/1995	1989/1995
	Mill S					
<i>Zuwendungen</i>						
Humanitäre Hilfe	24 7	55 2	26 4	106 3	—	106 3
Infrastrukturverbesserung	—	1 155 1	1 397 5	2 552 6	6 416 5	8 969 1
Wirtschaftliche Stabilisierung	—	236 3	255 0	491 3	1 020 0	1 511 3
Insgesamt	24 7	1 446 6	1 678 9	3 150 2	7 436 5	10 586 7
<i>Kredite Garantien</i>						
Infrastrukturverbesserung	—	—	—	—	—	—
Wirtschaftliche Stabilisierung	—	—	1 185 0	1 185 0	—	1 185 0
Sonstiges	—	1 500 0	1 790 0	3 290 0	—	3 290 0
Insgesamt	—	1 500 0	2 975 0	4 475 0	—	4 475 0

Q: Bundeskanzleramt 1991

¹³⁾ Dies entspricht für 1991 der Hälfte des Betrags nach Abzug der Leistungen für Verkehrsinfrastruktur

¹⁴⁾ Der österreichische Anteil am Grundkapital der Osteuropabank (EBRD; 10 Mrd ECU) beträgt 3 3 Mrd S (2 28%); 210 Mill S werden 1991 840 Mill S 1992/1995 fällig

Österreichs Osteuropa-Hilfe nach Empfängerländern

Übersicht 6

Zusagen

	Zuwendungen					Kredite, Garantien			
	1989	1990	1991	1989/1991	1992/1995 Mill S	1989/1995	1990	1991	1990/91
Bulgarien	—	13,7	17,0	30,7	—	30,7	—	210,0	210,0
ČSFR	—	38,4	7,0	45,4	—	45,4	—	500,0	500,0
Jugoslawien	—	17,9	45,0	62,9	180,0	242,9	—	—	—
Polen	11,7	275,1	1,5	288,3	—	288,3	1 000,0	—	1 000,0
Rumänien	12,0	31,3	8,5	51,8	—	51,8	—	265,0	265,0
Ungarn	1,0	49,4	13,3	63,7	—	63,7	—	210,0	210,0
Nicht aufteilbar	—	1 020,8	1 586,6	2 607,4	7 256,5	9 863,9	500,0	1 790,0	2 290,0
Osteuropa	24,7	1 446,6	1 678,9	3 150,2	7 436,5	10 586,7	1 500,0	2 975,0	4 475,0
Verkehr	—	951,0	875,2	1 826,2	5 436,3	7 262,5	—	—	—
Sonstiges	24,7	495,6	803,7	1 324,0	2 000,2	3 324,2	—	—	—
UdSSR	—	112,5	64,0	176,5	—	176,5	4 000,0	4 000,0	8 000,0
Oststaaten	24,7	1 559,1	1 742,9	3 326,7	7 436,5	10 763,2	5 500,00	6 975,0	12 475,0

Q: Bundeskanzleramt 1991

für in Österreich wirksame Maßnahmen verwendet wird.

Für Kredite und Investitionsgarantien sagte Österreich Leistungen von 4,5 Mrd S zu. Wichtigste Positionen sind Kredite über 1,2 Mrd S als Beitrag zur Finanzhilfe der G 24 an die ČSFR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie ein Exportkredit von 1 Mrd S an Polen. Die Laufzeit des Bulgarien in Aussicht gestellten Kredits beträgt 7 Jahre, der Zinssatz (9%) entspricht den Marktkonditionen (Der Standard, 3. August 1991). Das „Hilfselement“ solcher Kredite besteht somit nur im Rückzahlungsrisiko, das etwa im Fall der ČSFR bzw. Ungarns gering ist.

Zur Investitionsförderung in Osteuropa werden insgesamt 2,3 Mrd S aufgewendet: 1,2 Mrd S für Garantien¹⁵⁾ des Ost-West-Fonds der Finanzierungs-Garantiesgesellschaft (FGG), 0,1 Mrd S für Garantien der Bürges und 1 Mrd S über die Osteuropa-Programme des ERP-Fonds.

Nach Ländern kann der Großteil der Leistungen der österreichischen Osteuropa-Hilfe nicht zugeordnet werden. Die größten Einzelempfänger von Zuwendungen sind Polen und Jugoslawien, von Krediten Polen (Übersicht 6).

Die österreichische Aufstellung enthält auch Daten für Hilfsleistungen an die UdSSR, welche die Statistiken der G 24 nicht berücksichtigt. Die Geschenke Österreichs an die UdSSR

(humanitäre Hilfe) betragen bis 1991 0,2 Mrd S, Kredite 8 Mrd S (jeweils 4 Mrd S für einen Umstrukturierungs- und einen Konsumgüterkredit)¹⁶⁾

Zusammenfassung und Bewertung

Der Aufbau einer leistungsfähigen Marktwirtschaft, die Beseitigung der Altlasten (Umweltzerstörung, Auslandsverschuldung) und die Anpassung der Produktionsstrukturen an die Erfordernisse der Weltwirtschaft erfordern Anstrengungen, die Osteuropa aus eigener Kraft möglicherweise überhaupt nicht oder erst in einer sehr langen Frist bewältigen kann. Die Erholung der Wirtschaft dieser Region hängt vom wohlverstandenen Interesse der westlichen — vor allem der westeuropäischen — Länder ab. Diese Überlegung sollte ausreichendes Argument für eine wirkungsvolle Osteuropa-Hilfe sein.

Für die Effizienz dieser Hilfe sind vor allem die Qualität und die Geschwindigkeit entscheidend. Die Unterstützung des Westens sollte dazu beitragen, die marktwirtschaftlichen Prozesse so rasch wie möglich in Gang zu bringen und die besonders beeinträchtigenden „Lücken“ zu überbrücken. Angesichts der weitreichenden Dimension der Probleme Osteuropas muß die Hilfe — um wirkungsvoll zu sein — eine bestimmte

Mindestgröße erreichen. Vergleicht man die Osteuropa-Hilfe mit anderen Hilfsaktionen — dem Marshall-Plan oder der DDR-Hilfe der Bundesrepublik Deutschland —, so kann sie bestenfalls als mäßig bezeichnet werden. Auch das Tempo der Vergabe — gemessen am Anteil der tatsächlichen Hilfe an den Zusagen — ist gering. Bisher erbrachten nur der Internationale Währungsfonds und die Weltbank umfangreiche Leistungen.

Anders als der Marshall-Plan setzt sich die Osteuropa-Hilfe vor allem aus Krediten und nur zu einem kleinen Teil aus Zuwendungen zusammen. Etwa ein Drittel der gesamten Leistungen der G 24 sind Exportkredite, die den früheren kommunistischen Regierungen in viel größerem Umfang eingeräumt wurden als den Reformregierungen. Auch die nicht gebundenen Kredite werden nur zu Marktbedingungen gewährt.

Die detaillierten österreichischen Statistiken zeigen überdies, daß die als „Geschenke“ ausgewiesenen Mittel überwiegend dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Inland dienen. Zur Osthilfe Österreichs werden die Förderung und Finanzierung von Projekten gezählt, die vor allem Österreich von Nutzen sind.

Da die Statistik der G 24 den Großteil der österreichischen Leistungen aufgenommen hat, liegt die Vermutung nahe, daß auch der Leistungskatalog anderer westlicher

¹⁵⁾ Laut „Bericht über die Tätigkeit des Ost-West-Fonds“ der FGG vom 30. April 1991 wurden im ersten Jahr der Tätigkeit 21 Beteiligungsprojekte mit 3,3 Mrd S unterstützt. Der „Risk-sharing“-Höchstbetrag erreicht 1,5 Mrd S. Auf den Osten (einschließlich der UdSSR) entfallen 14 Projekte (2,4 Mrd S).

¹⁶⁾ Nach Dokumentation des WIIW (Gabrisch 1991) erreichten die (neuen) Kreditzusagen an die UdSSR 1990 1,4 Mrd \$, im 1. Halbjahr 1991 hingegen 18,3 Mrd \$ (allein von der BRD 5,3 Mrd \$), insgesamt in diesen zwei Jahren also fast 20 Mrd \$. Über die Kreditkonditionen ist nur wenig bekannt. Ein Exportkredit Südkoreas ist in den ersten drei Jahren zinsentfrei.

Länder ähnliche Mittelverwendungen aufweist

Allerdings gilt es zu beachten, daß monetäre Statistiken nur unzureichend den großen Beitrag erfassen, den die (meist wenig kostenintensiven) Maßnahmen zur Ausbildung, Kontaktvermittlung, Geschäftsanbahnung u. a. für den Transformationsprozeß in Osteuropa leisten. Ein richtungsweisendes innovatives Beispiel sind hier der österreichische Ost-West-Fonds sowie die Ostaktivitäten der Bürges und des ERP-Fonds. Darüber hinaus werden auf der Ebene von Unternehmen, Gemeinden, Schulen u. a. Kontakte gepflegt, die wesentlich zur Transformation der Volkswirtschaften

Osteuropas beitragen. In den Hilfsstatistiken werden sie jedoch nicht angeführt. Diese Aktivitäten können das geringe Engagement der offiziellen Politik freilich nicht ausgleichen

Literaturverzeichnis

Butschek F. Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Gustav Fischer, Wien-Stuttgart 1985

Butschek F. „Erste Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbruchs im Osten auf Österreich“ WIFO-Monatsberichte, 1991 64(4)

DIW. „Gesamtwirtschaftliche unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“ Wochenberichte 1991 58(12)

ECE. Economic Survey of Europe in 1989-1990. Genf 1990

Fuest W., Kroker R. „Transferzahlungen an die neuen Bundesländer“ IW-Trends 1991 (3)

Gabrisch H. „System Transformation under Severe External and Internal Shocks“ WIIW Forschungsbericht, 1991 (173)

IdW. „Der West-Ost-Transfer“ Berichte 1991 (26)

Milward A.S. The Reconstruction of Western Europe 1945-1951. Methuen 1987

OECD. From Marshall Plan to Global Interdependence. Paris 1978

OECD. The Export Credit Financing Systems in OECD Member Countries. Paris 1990

OECD. Transformation of Planned Economies: Property Rights Reform and Macroeconomic Stability. Paris 1991

Stankovsky J. „Österreichs Osthandel im Umbruch“ WIFO-Monatsberichte 1990 63(6)

Stankovsky J. „Der neue Osthandel: Wachstum, Strukturwandel, Schuldenprobleme“ WIFO-Monatsberichte 1991 64(5)

Wexler, J. The Marshall Plan Revisited. Greenwood Press 1983

Ueberreuter Offsetdruck

*Wo Service
kein Fremdwort
ist!*

AKTIEN
BROSCHUREN
BUCHER
FLUGBLÄTTER
GESCHÄFTSBERICHTE
GESCHÄFTSDRUCKSORTEN
KALENDER
KATALOGE
PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZEITSCHRIFTEN

2100 KORNEUBURG, INDUSTRIESTRASSE 1

0 22 62/55 55-0